

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/56. Jahrgang

September 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Einkreisung von Russland geht weiter

Das Treffen zwischen Trump und Putin in Alaska hat Russland eine Verschnaufpause verschafft.

Die USA erkennen den Status Russlands als Großmacht an und Moskau ist auf der westlichen Weltbühne zurück.

Für Trump ist eine Waffenruhe keine Voraussetzung mehr für ein direktes Friedensabkommen. Damit kommt Washington Moskau an einem wichtigen Punkt entgegen. Weitere russische Forderungen wurden durch die USA nicht grundsätzlich abgelehnt: die komplette Kontrolle über den Oblast Donezk und kein Einfrieren des Krieges entlang des aktuellen Frontverlaufes. Die USA planen keine neuen Sanktionen gegen Russland. Trump rückte auch von den angedrohten Sekundärsanktionen / Strafzöllen gegen Käufer russischen Öls (China/Indien) ab.

Die USA bringen Sicherheitsgarantien nach NATO-Vorbild für

Adolf Hitler überreichte Hermann Göring 1936 diese Denkschrift:

Denkschrift

1. Die Sowjetunion bereitet einen Überfall auf Europa vor.
2. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein.
3. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.

Persönlich überreicht an Hermann Göring am 02. September 1936 auf dem Obersalzberg.

Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die Sowjetunion

die Ukraine (ohne NATO-Beitritt) ins Spiel. Wichtig ist, zu erwähnen, dass der oft falsch zitierte Artikel 5 des NATO-Vertrags keine automatische militärische Beistandspflicht von NATO-Mitgliedern gegenüber

einem NATO-Staat vorsieht.

Die EU verfolgt die ursprünglichen Ziele des Stellvertreterkrieges in der Ukraine weiter: grundsätzliche Schwächung Russlands und die Schaffung eines militärischen Sperrriegels im Westen Russlands. Die Ukraine soll zur Basis des Westens ausgebaut werden. Das Modell hierbei ist Israel. Die Einkreisung Russlands hat nicht aufgehört, sondern verstärkt sich. Selbst wenn die USA Teile der russischen Forderungen akzeptieren, die „Europäer“ werden alles versuchen, um die Demilitarisierungs- und Neutralisierungspläne für die Ukraine zu unterlaufen.

Die USA fordern indes Russland im Südkaukasus heraus.

Sie planen eine direkte Straßenverbindung von Aserbaidschan durch armenisches Territorium in dessen Exklave Nachitschewan bis in die Türkei. Durch US-Hilfe ver-

Fortsetzung auf S. 2

„Bürgergeld“ – Ausgeburt des Kapitalismus

Wir leben in einer Gesellschaft, in der ein sehr kleiner Teil der Menschen Produktionsmittel (Fabriken etc.) besitzt und sein Geld für sich arbeiten lässt. Der allergrößte Teil muss selbst arbeiten, um Geld zum Leben zu haben. Das ist so im Kapitalismus.

Damit nicht gemurrt oder darüber nachgedacht wird, wurde nach dem Krieg die Kranken-, Renten- und Ar-

beitslosenversicherung eingeführt. Für die, die nicht arbeiten konnten, gab es so einen relativen Schutz, manche nannten das blauäugig „Sozialstaat“. Und selbst der musste hart erkämpft werden. Für die Lohnfortzahlung bei Krankheit streikten ab August 1956 34.000 Metaller 114 Tage lang – mit Unterstützung der KPD (die im gleichen Jahr verboten

Fortsetzung auf S. 2

Buderus Wetzlar	S. 2
Wir wollen nicht kriegstüchtig sein	S. 3
Bieber + Marburg	S. 4
Endlich Ehrung für Ria Deeg	S. 5
Rentenbetrug	S. 6
Antikriegstag und Hochschulen: ausgehungert und Produzenten von Kriegspropaganda	S. 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP 

Fortsetzung von Seite 1:
**Einkreisung von Russland
geht weiter**

schlechtert sich das russisch-aserbaidzhanische Verhältnis sehr stark. Baku stellt sich im Ukraine-Krieg offen auf die Seite Kiews und beliefert das Land mit Treibstoffen.

Selbst wenn der Krieg in der Ukraine endet, ist das nur der Auftakt zu neuen Kriegen.

Henning Mächerle

Buderus Edelstahl Wetzlar – 460 Arbeitsplätze weg

Kapitalrendite auf dem Rücken der Menschen, leere Worte und Heuchelei der Politik



Das Buderus-Stahlwerk in Wetzlar ernährte 300 Jahre die Bevölkerung der Region, jetzt wird es zerschlagen. Schon seit Jahren steckt die deutsche Stahlindustrie in der Krise, die systembedingt ist. Die Kapitaleseite spielt Standorte und Beschäftigte gegeneinander aus und verlangt stets das billigste Produkt. Mensch und Umwelt sind ihr egal. Darüber können die schönen Worte und all die Heuchelei unserer Politdarsteller nicht hinwegtäuschen.

Der gegen Russland entfesselte und seit 2022 mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines massiv verschärfte Wirtschaftskrieg hat den Prozess der Deindustrialisierung Europas noch beschleunigt. Das US-Kapital importiert hingegen fröhlich weiterhin russische Energierohstoffe und Mineralien.

Die Wetzlarer Stahlkocher tragen die Folgen. Nach vorherigem Eigentümerwechsel, der bereits Einschnitte brachte, verkaufte die österreichische Voestalpine das Werk letzten Herbst an das „Private Equity“-Unternehmen – volkstümlich „Heuschrecke“ – Mutares, dessen Geschäftsmodell Ankauf, Zerschlagung, Wiederverkauf profitabler Betriebsteile und Abwicklung des Rests ist.

Wer all das ablehnt, wird nicht daran vorbeikommen, das System Kapitalismus an sich zu hinterfragen.

Micha Drees

Fortsetzung von Seite 1:
Bürgergeld – Ausgeburt des Kapitalismus

wurde) und der SPD, damals noch eine Arbeiterpartei.

Gleichzeitig begannen die Herrschenden, die erkämpften sozialen Rechte auf allen Ebenen einzuschränken, abzubauen und die Löhne zu drücken, Schritt für Schritt und mit Erfolg.

Inzwischen wird sogar die Lohnfortzahlung wieder in Frage gestellt, das Rentenniveau – noch unter Kohl 70% - ist auf 48% gedrückt worden; und die Arbeitslosenversicherung wurde von SPD/Grünen mit Hartz IV faktisch abgeschafft und auch das modifizierte Bürgergeld bleibt „Armut per Gesetz“. Das nennen wir Klassenkampf von oben.

Jetzt behauptet CDU-Kanzler Merz, „der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“, und will Ausgaben streichen. Sekundiert wird er von SPD-Arbeitsministerin Bas, die „maßlose Strukturen“ beim Bürgergeld ausmacht. Gemeinsam wird auf die faulen Sozialschmarotzer eingedroschen, die sich auf Kosten des Staates und der ehrlich arbeitenden Menschen einen flotten Lenz machen.

Die realen Zahlen entlarven diese Lügen. Ganze 421 Fälle von Betrug wurden 2024 festgestellt, bei rund 6 Millionen Beziehern von Bürgergeld! 50 Mrd. Euro wurden insgesamt an Bürgergeld gezahlt (insgesamt mit Kosten für Unterkunft 60 Mrd.). Ein Klacks angesichts der vielen hundert Milliarden für Rüstung, ein Klacks angesichts von ca. 100 bis 200 Mrd. Euro, auf die der Staat jährlich verzichtet, indem er Steuerhinterzieher straflos gewähren lässt. Allein damit könnte das Bürgergeld dreimal bezahlt werden. Auch die Frage nach den Schmarotzern beantwortet sich so von selbst.

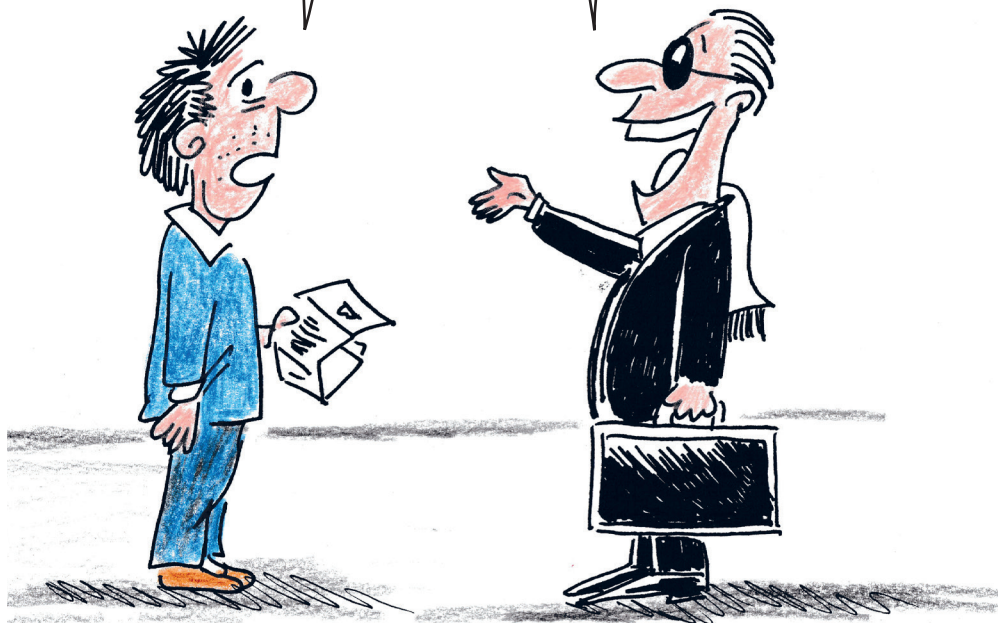
Es geht also gar nicht ums Bürgergeld. Es geht darum, die Menschen noch mehr zu knebeln, zu disziplinieren, sie kriegstüchtig und mundtot zu machen und gegeneinander auszuspielen. Denn Geld ist genug da: für den Krieg und zur Sicherung und Steigerung der Profite derer, die die Produktionsmittel besitzen.

Wo bleibt der Kampf von unten?

Erika Beltz

Die wollen mir
Bürgergeld-Leistungen
streichen, wenn
ich ein „passendes
Jobangebot“ ablehne.

Dann hinterziehen
Sie doch einfach
Steuern im großem Stil
- da passiert Ihnen
gar nichts!



Wir wollen friedensfähig – nicht kriegstüchtig – sein



Zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki war das Gießener Friedensnetzwerk in der Innenstadt aktiv und erinnerte an die Gräueltaten der Atomwaffenabwürfe 1945 und protestierte gegen die heutige Kriegstreiberei.



Mahnwache am 6.8.

Am 6.8. wurde gemeinsam eine Schweigeminute gehalten und der Katharinenplatz zum x-ten Male „Hiroshimaplatz“ symbolisch umbenannt.

Am 9.8. wurde u.a. ein *„die-in“* durchgeführt und die Veranstaltung durch Redebeiträge und Musikeinlagen untermauert.

Es nahmen etwa jeweils 120 Menschen teil. Deutschlandweit fanden viele Gedenken an die nuklearen Kriegsverbrechen statt.

Die deutsche Bundesregierung will davon nichts wissen. Im Gegenteil: Sie sucht nach Wegen, um selbst Atomwaffen zu erlangen. Die Regierung verhandelt mit der Atommacht Frankreich über eine direkte Beteiligung an der *„Force de frappe“*. Sie versucht, die *„nukleare Teilhabe“* mit den USA zur eigenen Verfügungsmacht über die bereits in

Deutschland gelagerten US-Atomwaffen zu erweitern und liebäugelt in ihren Leitmedien offen mit dem Zerreißen des 2-plus-4-Vertrages, in dem sich Deutschland verpflichtet hat, niemals Atomwaffen zu besitzen.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- nukleare Abrüstung auf Basis des Nichtverbreitungsvertrages für Atomwaffen und Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag
- Abzug aller US-Nuklearwaffen aus Deutschland und Beendigung der *„nuklearen Teilhabe“*
- Beschaffung der atomwaffenfähigen F-35 Kampffjets stoppen
- keine Stationierung von neuen, atomwaffenfähigen US-Raketen auf deutschem Boden und ein Ende des Rüstungswahnsinns und der atomaren Eskalation in Europa.

Stattdessen will die deutsche Regierung bis spätestens 2029 kriegstüchtig sein. Milliarden Euro werden in die Rüstung investiert, es werden Vorsorgelisten für die Bevölkerung veröffentlicht, überall für die Bundeswehr geworben, die Wehrpflicht wieder eingeführt, Leichensäcke gekauft, weitere US-Mittelstreckenraketen werden in Deutschland stationiert, es werden Schutzräume und Bunker reaktiviert und Straßen, Schienen und Brücken in Richtung Osten panzertauglich gemacht.

Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen und sowohl am 1.9., am Antikriegstag, sowie am 3.10. entweder in Berlin oder Stuttgart auf die Straße gehen. Wir haben es in der Hand!

Martina Lennartz



„Die-in“ am 9.8.

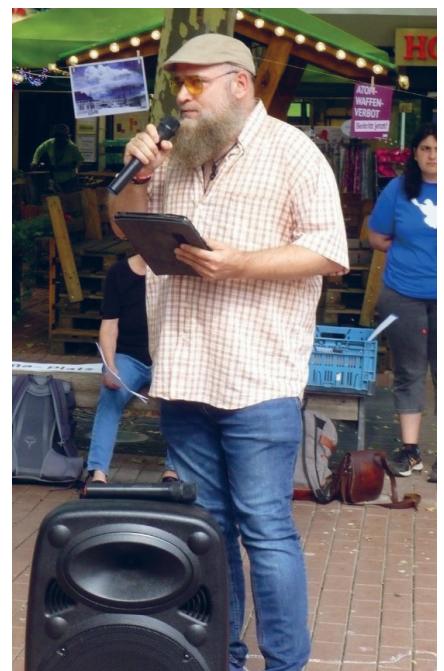
Mayors for Peace

Gießen, jetzt vertreten durch OB Thilo Becher (SPD), ist seit September 2011 Mitglied bei Mayors for Peace (deutsch: Bürgermeister für den Frieden). Dies ist eine internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben haben. Die Organisation wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet.

Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger verantwortlich sind, versuchen die Mayors for Peace die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern bzw. zu reduzieren. Der weltweite Verband hieß früher *„Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen (Partnerschaftsprogramm der Städte Hiroshima und Nagasaki zur Ächtung aller Atomwaffen in Ost und West)“*.

Wir fordern die Stadt auf, sich 2026 an Gedenken zu beteiligen und als Zeichen den Katharinenplatz endlich offiziell in Hiroshimaplatz umzubenennen.

Martina Lennartz



Dennis Stephan am 9.8.

European Homecare – Flüchtlingshilfe als Geschäftsmodell

Drastisches Beispiel kapitalistischer Ausbeutung auf dem Rücken Schutzsuchender und Beschäftigter liefert die Firma European Homecare GmbH (EHC) aus Essen. Seit Jahren betreibt sie im staatlichen Auftrag Flüchtlingsunterkünfte, darunter auch in Gießen die Erstaufnahmeeinrichtung in der Rödgener Straße. Doch hinter der Fassade sozialer Dienstleistung steckt knallharte Profitgier.

2023 wurde EHC vom britischen Großkonzern Serco übernommen. Serco baut im Auftrag westlicher Staaten Abschiebegefängnisse und Flüchtlingslager, entwickelt Atomwaffen und gehört zu den 100 größ-

ten Rüstungskonzernen weltweit. Der „Markt der Migrationssicherheit“ ist für Serco ein Geschäftsfeld mit Milliardenumsatz. Erst Fluchtursachen schaffen – dann an Abschiebung und Unterbringung verdienen.

EHC inszeniert sich als „leistungsfähigster Anbieter sozialer Dienste“. Die Realität sieht anders aus: Heruntergekommene Unterkünfte, unsichere Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung und ein autoritärer Führungsstil prägen den Alltag. Beschäftigte berichten von ständigen Überstunden, fehlenden Zuschlägen und einem Klima der Angst. Kritik wird mit Kündigung beantwortet.

Trotz mehrerer Skandale, etwa der systematischen Misshandlung von Flüchtlingen im EHC-Heim Burbach (2014), wird das Unternehmen weiter mit öffentlichen Aufträgen versorgt. Um Löhne weiter zu senken, setzt EHC zunehmend auf nicht qualifizierte Schulabgänger, die wenig fordern – und leicht kontrollierbar sind.

EHC ist kein sozialer Träger, sondern Teil eines Systems, das aus Flucht und Elend Profit presst, ein System, das auf dem Elend anderer aufgebaut ist. Kosmetische Korrekturen reichen nicht aus – **es braucht organisierte Gegenmacht von unten.** L.U.

Gießener Echo

Falls sie einmal eine Ausgabe des Gießener Echo verpassen oder nicht in ihrem Briefkasten finden, dann laden Sie sich bitte die Ausgabe von unserer Homepage als PDF-Datei herunter:

<https://giessen.dkp.de/giessen-lokal/giessener-echo/>



Bieber + Marburg: Schafft Flächenversiegelung Arbeitsplätze?

Bieber + Marburg, Großhändler für verschiedene Stahlprodukte, will seinen Betrieb vergrößern. Dafür darf die Firma laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vier Hektar bisher geschützten Wald abholzen. Angeblich werden dadurch 60 Arbeitsplätze geschaffen. Ob das stimmt, wird niemand überprüfen. Selbst wenn an diesem Standort so viele neue Stellen eingerichtet würden, wären das wirklich neue Arbeitsplätze? Wird durch die Betriebsvergrößerung mehr Stahl gehandelt? Das ist unwahrscheinlich, da der Markt für solche Produkte kaum wächst. Der erhöhte Umsatz fehlt anderen Händlern – und dort werden Arbeitsplätze abgebaut. In dem vergrößerten Betrieb soll ein automatisches Materialverteilungssystem eingeführt werden. Es ist anzunehmen, dass dann weniger Personal für den gleichen Umsatz

gebraucht wird. Im Endeffekt vernichtet die Maßnahme also Arbeitsplätze.

Das ist bei fast allen neuen Gewerbebauten so. Alle Städte und Gemeinden streben danach, neue Gewerbegebiete auszuweisen. In Linden soll ein ganzer Quadratkilometer Landwirtschaftsfläche zu einem Gewerbegebiet werden. Leitungspersonal in Kommunen wird extra dafür geschult, Interessenten für neue Gewerbeflächen anzuwerben. In Deutschland sind die Bevölkerungszahl und das Brutto-sozialprodukt nahezu konstant. Die Menge der produzierten und gehandelten Ware bleibt gleich. Für die Herstellung und Verteilung wird aber immer mehr Fläche verlangt. Wenn Betriebe stillgelegt werden oder in neue Gewerbegebiete abwandern, wird die freigewordene Fläche so gut wie nie entsiegelt und der Land-

wirtschaft oder Natur zurückgegeben. Sie liegt Jahre oder Jahrzehnte brach, wie z. B. das Gelände der Gailschen Tonwerke. In Städten entstehen lange Leerstände.

Offiziell gibt es für alle Flächenversiegelungen irgendwo einen Ausgleich durch Schaffung neuer Biotope. Die Fläche des Landes kann aber nicht vergrößert werden, es kann nur Umwandlungen der Nutzung geben. Zum angeblichen Ausgleich wird an einer Stelle eine Heckenlandschaft in einen Trockenrasen verwandelt, an anderen eine Wiese in einen Wald. Oft geht das schief, die neu angelegten Biotope kümmern vor sich hin.

Die Flächenversiegelung muss verringert werden – sonst ist eines Tages das ganze Land zugebaut.

Gernot Linhart

Wir fordern auf der nächsten STVV: Endlich eine Ehrung für Ria Deeg

Am 25. Todestag von Ria Deeg, dem 13.8.2025, fand eine sehr gute Veranstaltung der Omas gegen rechts (OgR) statt, an der alle Anwesenden gemeinsam eine sichtbare Ehrung für Ria Deeg forderten. Es sprachen Vertreter der OgR, der SPD und der Grünen, Partei die Linke und auch der DKP. Alle waren wir uns einig, dass Ria Deeg nun endlich eine sichtbare Ehrung verdient hat.

Sie war eine über die Grenzen Gießens hinaus bekannte Antifaschistin, Kommunistin und Trägerin der goldenen Ehrennadel Gießens.

Trotz mehrmaliger Anträge verwehrt man ihr im Stadtparlament (STVV) die von uns beantragte angemessene Ehrung.

Ria Deeg wäre die erste und einzige Person aus dem Widerstand gegen den Faschismus, die so geehrt würde. Bisher wurden ausschließlich Opfer der Faschisten geehrt. Ria war beides: Sie leistete aktiven Widerstand und wurde genau deshalb verhaftet. Nach der Befreiung vom Faschismus beteiligte sie sich am demokratischen Aufbau und war lange Zeit Leiterin der Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte in Gießen.

Sie war aktiv im Wiederaufbau nach 1945, unermüdliche Zeitzeugin, als Friedenskämpferin, tief verankert in der Gießener Zivilgesellschaft ihrer Zeit bei hoher Akzeptanz ihrer Person über alle Parteigrenzen hinweg.

Kein Studentenwohnheim für 30 Millionen

Während Kinder in den Sommerferien am Strand feine Sandburgen bauen, setzen andere 30 Millionen Euro mit unbrauchbaren Bauten in den Sand. Und schädigen damit Hunderte Wohnung suchender Studenten. So geschehen in der Studentenstadt Gießen, in der vor jedem Semester die verzweifelte Suche nach einer „Bude“ stattfindet. Nicht einmal 10 % der Studierenden kann das Studentenwerk einen Wohnheimplatz anbieten. Es wurde nie ernsthaft geplant genügend Wohnraum für die neuen Bürger zu beschaffen. Ein Armutszeugnis! Der Mangel sollte durch einen Wohnheimneubau „Westside“ in aller Eile gelindert werden. Ein „bezahlbares, nachhaltiges Klimaprojekt“ sollte es sein. Wohl planlose Hektik und dilettantische Baufehler – alle Fertigbäder sind defekt und hängen an der Außenwand des Hauses – haben einen nicht absehbar langen Leerstand zur Folge. 350 Studierende sind jetzt auf hochpreisige Privatwohnungen angewiesen.



Martina Lennartz (DKP) am 13.8.

Martina Lennartz (DKP, fraktionslos) stellt für die nächste Stadtverordneten-Sitzung folgenden Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, im Gedenken an die Antifaschistin und Trägerin der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen, Ria Deeg, eine sichtbare Ehrung vorzunehmen und in der Plockstraße, wo bereits andere Gießener Persönlichkeiten geehrt werden, eine Stele mit der Nachbildung ihres Kopfes zu errichten.

Die spinnen, die Politiker!

Das kann man jedes Mal denken, wenn man deren Aussagen in den Medien wahrnimmt. Es folgen zwei Beispiele.

Arbeitszeit und Arbeitsplätze:

Konzerne und Banken verkünden ständig, wie viele Arbeitsplätze sie in nächster Zeit abbauen wollen. Als Grund wird meist Auftragsmangel genannt. Der wirkliche Grund ist mehr Profit. Ersatzarbeitsplätze entstehen fast nur im Dienstleistungsbereich, schlecht bezahlt und mit schlechten Arbeitsbedingungen. Von Politikern von in Landtagen oder im Bundestag vertretene Parteien hört man aber: mehr arbeiten, länger und effektiver arbeiten – so

wohl am Tag, im Jahr und im Leben. Wie effektiv gearbeitet wird, hängt aber nicht von den Beschäftigten ab, sondern davon, wie die Unternehmer ihren Betrieb organisieren und ausstatten. Die Arbeitszeit wurde in Tarifverhandlungen ausgehandelt, manchmal mit Streiks erkämpft. Viele unbezahlte Überstunden zeigen, dass den Beschäftigten oft nichts anderes übrigbleibt, als die ausgehandelte Arbeitszeit zu verlängern. Politiker und Unternehmer

behaupten, Mehrarbeit sei freiwillig – in einem Abhängigkeitsverhältnis gibt es keine Freiwilligkeit. Längere Lebensarbeitszeiten werden auch von Unternehmern gefordert, die nie einen Bewerber einstellen würden, der älter als 55 Jahre ist. Wer in höherem Alter entlassen wird, landet nach zwei Jahren Arbeitslosengeld (die CDU will das auf ein Jahr verkürzen) im Bürgergeldbezug. Vorher muss er seine Ersparnisse und eine eventuelle Abfindung verbrauchen.

Hetze gegen Bürgergeldbezieher:

Manche Menschen fühlen sich besonders gut, wenn sie gegen Schwächere hetzen können. Da bieten sich die Bezieher von Bürgergeld an. Bei dieser staatlichen Leistung gibt es

Betrügereien, wie überall, wo Geld fließt. Das Ausmaß wird jedoch von Medienleuten und Politikern maßlos übertrieben, viele Milliarden Euro könnten angeblich bei strengeren Kontrollen und Regeln einge-

spart werden. Der Begriff „bandenmäßiger Betrug“ wird oft verwendet. Einzelne Wirtschafts- und Steuerbetrüger richten mehr Schaden an als tausende unehrliche Bürgergeldbezieher. In diesem Zusammenhang hört man aber selten den Begriff „Banden“ – obwohl für diese Betrügereien meist mehrere Personen oder Institutionen zusammenarbeiten müssen. Durch Cum-Ex, Cum-Cum und Mehrwertsteuerringe gehen dem Staat jährlich zweistellige Milliardenbeträge verloren. Die Finanzämter zahlen angeblich gezahlte Steuern zurück, ohne zu prüfen, ob dieses Geld jemals eingezahlt wurde. Die Betrüger und die Betrogenen gehören der gleichen Klasse an, da kann man nicht so streng sein.

Den Armen nehmen und den Reichen geben – das ist und bleibt das Grundprinzip im Kapitalismus. Vor allem in Zeiten, in denen Aufrüstung und Sozialabbau vorangetrieben werden.

Gernot Linhart



Rentenbetrug

Die neuen Rentenbescheide für die rund 21 Mio. Rentenbezieher sind nun den Betroffenen zugegangen. Die angekündigte Rentenerhöhung für den 1.7.25 war 3,74% (siehe Mai-Echo). Der Redaktion des Echos liegen nun die Beträge eines entsprechenden Bescheides vor:

Beträge in Euro	bisheriger Betrag	Betrag ab 1.7.25
Rente (brutto)	1.142,15	1.184,85
Krankenversicherung	-83,87	-86,49
Zusatzbeitrag KV	-14,22	-14,75
Pflegeversicherung	-38,83	-56,87
laufende Zahlung	1.005,73	1.026,74

Die vorliegende Berechnung gilt nur für den Monat August. Der Beitrag zur Pflegeversicherung wurde ab 1.1. erhöht, der erhöhte Beitrag wurde aber in der 1. Jahreshälfte nicht abgezogen. Mit der August-Abrechnung wird der höhere Beitrag nachträglich abgezogen. Dabei wurden die Rentenbezieher betrogen – der erhöhte Beitrag hätte für das 1. Halbjahr nach der niedrigeren alten Rente berechnet werden müssen und nicht nach der erhöhten. Für jeden Rentner macht das ein paar Euro aus.

Weiterhin bedeutet also die tatsächliche Erhöhung eine Auszahlung von 21,01 Euro im Monat. Dies entspricht ziemlich genau der aktuellen Inflationsrate im Juni

2025 von 2,0%. Das heißt in dem vorliegenden Bescheid wird klar, durch den Anstieg der Sozialabgaben die von der Rente abgezogen werden verbleibt von der rechnerischen Erhöhung von 42,70 Euro

lediglich ein Ausgleich der Inflation. Von einer Rentenerhöhung zu sprechen, ist unserer Meinung nach dreist und verlogen.

Harald Römer

Zitat

Gießener Anzeiger, 30.8.2025, Seite 1:
Jens Spahn (CDU): "Wenn die Wirtschaft schrumpft, kann jemand nur mehr haben, wenn jemand anders weniger hat. Das führt automatisch zu Verteilungskämpfen." Nur wenn die Wirtschaft wächst, werden die ungerechte Verteilung und die Verteilungskämpfe reduziert und damit die "Demokratie" gestärkt?

Ob das eine wissenschaftlich nachgewiesene Aussage ist?



Antikriegstag – so notwendig wie nie

Angesichts der wahnwitzigen Ausrüstung des imperialistischen Westens ist die Aktualität des Antikriegstags ungebrochen.

Weder das historische Versagen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung 1914, noch die Millionen Opfer zweier Weltkriege haben jedoch das antimilitaristische Bewusstsein lebendig gehalten.

Die Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg schien ein Garant gegen den imperialistischen Krieg zu sein – bis zur Zustimmung der europäischen Sozialdemokraten zu den „Kriegskrediten“ ihrer Nationalstaaten. Dabei wussten die Parteien der Arbeiterbewegung was kommen würde und warum.

1907 beschloss der Internationale Sozialistenkongress die Resolution „Militarismus und internationale Konflikte“. Dort hieß es unter anderem, „dass der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf (...)“.

Weiter: „Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes

auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt.“

Auch woher Kriege kommen wurde benannt: „Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist (...)“.

Die Stellung der Arbeiterklasse zum Krieg wurde korrekt bestimmt: „Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges.“

Am Ende stand ein klarer Aufruf zum Widerstand: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu be-

schleunigen“.

In diesem Sinne bleibt der Antikriegstag eine Mahnung für die einfache Tatsache: Kampf gegen Krieg, ist immer der Kampf gegen den Kapitalismus!

Henning Mächerle

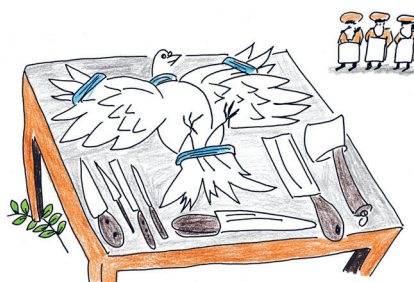


Hochschulen: ausgehungert und Produzenten von Kriegspropaganda

Trotz der Ergebnisse der Pisa-Studien, schlechter Noten, schlechter Allgemeinbildung und der vielen Sonntagsreden nach dem Motto „das Bildungswesen muss besser werden“, fließt immer weniger Geld in die Bildung. Kriegstüchtigkeit hat eben ihren Preis. Lagen die Bildungsausgaben in den frühen 2010er Jahren zwischen 6 bis 7% des BIP, so fielen diese ab 2020 auf ca. 4,5% (OECD Durchschnitt 4,9%).

Besonders betroffen sind die Hochschulen. Zwischen 2010 und 2020 stagnierte die Basisfinanzierung weiter. Trotz Hochschulpakten sank das Budget pro Studienplatz real um ca. 20% im Vergleich zu 1970. Die Hochschulen sind mehr und mehr auf Drittmittel angewiesen und die Unterfinanzierung der Lehre wird immer ernster. Zwischen 2016 und 2021 sparten die Länder gezielt bei den Geisteswissenschaften. Durch die massive Verschuldung

zur Finanzierung des deutschen Kriegskurses nahmen die Kürzungen bundesweit zu. Berlin will 2025 zwischen 8 und 15% des Gesamtbudgets kappen. Auch in Hessen sieht es dramatisch aus: Bereits 2024 wurden 34 Mio. Euro gekürzt und ein Einstellungsstopp wurde beschlossen. 2025 sind Mehrkosten von 100 Mio. Euro nicht gedeckt, ca. 1.250 Stellen sind gefährdet. 2026 sind vertragsbedingte Einsparungen (Renteneintritt, keine Vertragsverlängerung) von 30 Mio. Euro und ca. 10% Stellenabbau geplant.



Alle Optionen liegen auf dem Tisch

Die prekäre Situation der Hochschulen macht diese erpressbar und anfällig für Auftragsforschung: im Interesse der Herrschenden bzw. der Auftraggeber.

Eine Erkenntnis der Herrschenden aus dem Vietnamkrieg war, beim nächsten Krieg dürfen wir den Kampf um die Köpfe nicht verlieren. Das betraf die Medien und die Hochschulen. Die Folgen von 1968 – Marxismus an den Universitäten – wurden ausgetrieben. Der Wissenschaftsbetrieb ist von Anpassung und bedingungslosem Gehorsam gegenüber dem bürgerlichen Staat geprägt. Ging es früher um Kritik an diesem Staat, so geht es heute um die Anbetung desselben. Gilt es doch die einfache Erkenntnis zu verschleiern, dass die kapitalistische bürgerliche Demokratie im Kern nichts weiter ist als eine mehr oder minder gut verkleidete Herrschaft von 1% der Bevölkerung über den Rest.

Henning Mächerle



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Mo. 1.9. um 18 Uhr:



Antimilitaristischer Stadtrundgang,

„Trauernde Witwe“ (Ecke Grünberger Str. / Licher Str.)

Do. 4.9. um 19 Uhr:

Treffen des Wahlbündnisses zur Kommunalwahl 2026, Alte Uni-Bibliothek, Bismarckstr. 37

Fr. 5.9. um 19 Uhr:

„Der Krieg ist nichts als die Geschäfte...“ mit Erich Schaffner und Georg Klemp, Rambachhaus, In der Rambach 9, Alsfeld

Sa. 6.9. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Mo. 15.9. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Do. 18.9. um 18 Uhr:

Bildungsabend der DKP, Thema: Rolle der AfD und Antifaschismus – Ort bitte erfragen

Mi. 24.9.:

Redaktionsschluss Okt.-Echo

Fr. 26.9. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Fr. 3.10. ab 13 Uhr:



Demo Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“, Schlossplatz in Stuttgart; mehr

Infos unter: nie-wieder-krieg.org
Mitfahrgelegenheit unter giessen@dkp.de

Di. 7.10. ab 18 Uhr:

„Zeitenwende – Ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten“ mit Ulrike Eifler; Versailles-Zimmer

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** sollte am Oswaldsgarten, damals noch ein kleiner Park mit Brun-



nen, ein Parkhaus gebaut werden. Ein Lärmgutachten stellte fest, dass an der dortigen Kreuzung der Lärmpegel weit über dem gesundheitlich zuträglichen Maß lag. Ein Parkhaus hätte zu noch mehr Verehrslärm geführt. Trotzdem hielt der Magistrat an dem Plan fest. Aus dem Bau wurde dennoch zunächst nichts. Erst 30 Jahre später wurde dann ein Einkaufszentrum mit Parkhaus errichtet.



Vor **40 Jahren** war bei der Firma Minox, Hersteller von Kleinkameras, die Auftragslage so gut, dass regelmäßig Überstunden gemacht werden mussten. Trotz gerade erkämpfter Verringerung der tariflichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden, stellte die Betriebsleitung keine neuen Arbeitskräfte fest ein. Sie nutzte die vom damaligen Arbeitsminister Blüm geschaffene Möglichkeit zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge. Für Lehrlinge wurde statt der dreijährigen Lehre zum Feinmechaniker die halb so lange Schmalspurausbildung zur „Gerätezusammensetzer/in“ angeboten.



Vor **30 Jahren** wurde der Rhein-

Main-Verkehrsverbund (RMV) gebildet. Ein paar Jahre vorher hatte eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaft (EG, Vorgängerin der EU) die gemeinwirtschaftliche Orientierung von Verkehrsbetrieben verboten. Stattdessen wurde ein Kosten-Nutzen-Denken vorgeschrieben. Der öffentliche Nahverkehr wurde viel teurer, Ermäßigungen wurden abgeschafft oder deutlich verringert.



Vor **20 Jahren** widmeten zahlreiche Demonstranten das „Greif-Denkmal“ an der Licher Gabel nach vielen Protesten um. Eine trauernde schwangere Fliegerwitwe und eine Informations-tafel sollten aus dem Kriegerdenkmal ein Friedensmahnmal machen. Das ist gründlich misslungen, denn an die zivilen Opfer des Greif-Geschwaders wird nicht erinnert. Inzwischen ist das Denkmal mit Efeu zugewachsen. Die kriegsverherrlichenden Inschriften sind kaum noch lesbar.



Vor **10 Jahren** sollte ein Arbeitskampf der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungswesen durch einen Schlichterspruch beendet werden. Das Ergebnis lehnten 60% bis 70% der Abstimmenden ab. Der Arbeitskampf ging weiter. Der Gießener Magistrat nahm die Ablehnung der Schlichtung zum Anlass, die den Eltern der zeitweise nicht betreuten Kinder versprochene Rückzahlung der ohne Gegenleistung gezahlten Gebühren zurückzuhalten.

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Gießen, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****